

„Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichte

Prof. Dr. Hermann Weber, geb. 1928 in Mannheim, ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte sowie Leiter des Arbeitsbereichs „Geschichte und Politik der DDR“ an der Universität Mannheim. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Theorie, Geschichte und Politik der Arbeiterbewegung, des Sozialismus und Kommunismus.

Sowjetische Historiker bemühen sich seit einigen Jahren, gestützt auf die Reformen Gorbatschows, die als „weiße Flecken“ bezeichneten bisherigen Tabus in der Geschichtsschreibung zu überwinden. Der Begriff „weiße Flecken“ gilt inzwischen als Synonym für bisher verschwiegene oder gelegnete Fakten in der Entwicklung des Stalinismus, obwohl es sich eigentlich um „dunkle Flecken“ der Vergangenheit handelt. Das Verschweigen von Fakten und Problemen war typisch für die zeitgeschichtliche Forschung in allen kommunistisch regierten Staaten, gerade auch in der DDR. Sie hingen mit der Funktion der dortigen Geschichtsschreibung zusammen:

Sie war von der kommunistischen Parteiführung instrumentalisiert, ihre zentrale Funktion lag in der Legitimierung der Allmacht der SED. Vor allem die Geschichte der DDR selbst, die Geschichte des Kommunismus, aber auch allgemein der Arbeiterbewegung wurden verfälscht, oft verdeckten Legenden die historische Wahrheit. Die SED-Führung erwartete von den DDR-Historikern (die fast alle der Einheitspartei angehörten, also deren Disziplin unterworfen waren), daß sie die politische Linie der Partei in Vergangenheit und Gegenwart rechtfertigten. Da die SED angeblich stets nach den „Gesetzmäßigkeiten“ der Geschichte handelte, war diese Sicht den Historikern vorgegeben. Sie hatten verwertbare Fakten zu vermitteln, um entsprechendes Traditionsbewußtsein zu schaffen. Neben dem so erzeugten ständigen Selbstlob war verheerend, daß die offizielle Lesart die einzig zulässige blieb, der für die Wissenschaft unabdingbare Pluralismus mithin fehlte. Die Parteiführung verlangte von den Historikern, den „Beweis“ für die Kernaussage ihrer Ideologie zu liefern, daß die Kommunisten in der Vergangenheit „immer recht“ hatten, woraus dann abgeleitet wurde, dies gelte sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft. Die Tabus blieben. Der damalige Chefideologe der SED, Kurt Hager, ordnete noch im Juni 1988 an, für die DDR bestehe „kein Grund eine Suche nach ‚weißen Flecken‘ zu unternehmen“.¹ Indes war eine „Suche“ nach „weißen Flecken“ ja auch gar nicht notwendig; jeder, der sich mit der Geschichte beschäftigte, wußte um die Tabus. Doch auch die meisten Historiker wollten keine „Fehlerdiskussion“, waren nur allzu schnell bereit, Hagers Anordnung zu befolgen. Heutige Verweise auf interne Debatten oder Manuskripte „in den Schubladen“ können dies nicht entkräften: Wissenschaft ist

¹ „Neues Deutschland“ vom 10. Juni 1988.

immer öffentlich, und publiziert wurde in der DDR bis Oktober 1989 kaum etwas, was als kritische Aufarbeitung „weißer Flecken“ zu bewerten wäre.

Auf die Defizite der DDR-Geschichtsschreibung, auf Verdrehungen, Fälschungen, Tabus konnte so bis zum Oktober 1989 nur im Westen verwiesen werden. Erst seit November 1989, seit den revolutionären Wandlungen in der DDR, ist dort eine modifizierte Einstellung bei den meisten Historikern zu erkennen. Plötzlich wurden auch von ihnen jene „weißen Flecken“ „entdeckt“, die für sie bislang nur als „feindliche Propaganda“ galten.

Die seitherige Diskussion zeigt,² daß nun in der DDR die hiezulande schon lange nachgewiesenen „weißen Flecken“ gesehen werden und deren Aufarbeitung durchaus als notwendig akzeptiert wird. Dabei treten freilich neue Probleme auf, von denen hier nur einige genannt werden können.

Stalinismus

Der Begriff Stalinismus war in der DDR bis Oktober 1989 ein striktes Tabu. Politiker (sogar der PDS, der Fortsetzung der SED) verwenden ihn seitdem ebenso selbstverständlich wie inzwischen auch die DDR-Historiker. Doch es gibt auch dort keine klare Definition, sondern oft Leerformeln, die mehr verschleiern als enthüllen. So wird der Stalinismus häufig als „deformierter“ oder „bürokratisch-administrativer Sozialismus“ bezeichnet. Damit versuchen PDS und einige Historiker, den Stalinismus - ein eigenständiges, diktatorisches und gegen die demokratische Arbeiterbewegung gerichtetes Regime - doch wieder in die Nähe der Grundwerte dieser Arbeiterbewegung zu rücken. In Wirklichkeit hat der Stalinismus durch die Übernahme von Begriffen aus der Arbeiterbewegung und des demokratischen Sozialismus, durch seine Tarnung als „realer Sozialismus“, soziale Ideen in der DDR und in Osteuropa diskreditiert. Die Bemühungen, den Stalinismus weiterhin als eine Form des Sozialismus hinzustellen, zeigen, daß hier die „weißen Flecken“ keineswegs getilgt sind.

Tatsächlich ist der Stalinismus in einem allgemeineren und in einem engeren Sinne zu definieren. Allgemein betrachtet ist der Stalinismus ein gesellschaftspolitisches System, dessen Kern die Allmacht, die Diktatur der kommunistischen Partei ist, die mit Hilfe der politischen Polizei (in der DDR das Ministerium für Staatssicherheit) das gesamte öffentliche Geschehen bestimmte und sogar das persönliche Leben der Bürger zu dirigieren suchte. Im engeren Sinne war Stalinismus eine Willkürherrschaft mit blutigen „Säuberungen“, gekennzeichnet durch völlige Rechtsunsicherheit und vom Personenkult um Stalin und um die kleinen Stalins (Ulbricht oder Honecker). Lediglich der Stalinismus im engeren Sinne wurde durch die Entstalinisierung unter Chruschtschow teilweise überwunden. Die stalinistischen Herrschaftsstrukturen blieben in der DDR bis Ende 1989 bestehen.

² Vgl. dazu. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“, B. 11 vom 9. März 1990.

Die gegenwärtige Absicht von Historikern und PDS-Politikern, den Stalinismus in der DDR auf eine „Drei-Mann-Diktatur“ (Erich Honecker, Erich Mielke, Günter Mittag) zu reduzieren, sollen vom Machtgefüge des Stalinismus ablenken und zugleich die Basis der Diktatur verschleiern:

Das war der hauptamtliche Apparat der SED mit über 300 000 „Nomenklaturkadern“, gestützt auf 2,3 Millionen Parteimitglieder, aber auch Funktionäre der Blockparteien und Massenorganisationen. Sie waren privilegierte Träger des hierarchisch organisierten Regimes. Entsprechend gab es auch stalinistische Einstellungen und Verhaltensweisen mit freiwilliger Ein- und Unterordnung sowie einer weitverbreiteten Untertanenmentalität vieler Bürger. Die Aufarbeitung auch dieser Seiten des Stalinismus bleibt politisch wichtig und eine entscheidende Aufgabe der Historiker, doch hat diese „Bewältigung der Vergangenheit“ noch nicht einmal ernsthaft begonnen.

Stalinistische Säuberungen

Hingegen wird ein wichtiges Merkmal des Stalinismus im engeren Sinne, die Unterdrückung und die blutigen Säuberungen, nun thematisiert und erforscht. Hier gilt es zahlreiche „weiße Flecken“ zu tilgen.

1. Die Stalinschen Säuberungen in der Sowjetunion trafen in den dreißiger Jahren auch Tausende deutscher Emigranten. Die DDR-Geschichtsschreibung hat bis Ende 1989 vertuscht, daß auch deutsche Kommunisten Opfer des Stalinschen Terrors wurden. Über 60 Prozent der von Hitler in die Sowjetunion geflüchteten oder von der Führung nach dort „abkommandierten“ KPD-Funktionäre wurden nach 1936 verhaftet, ermordet oder sogar nach Deutschland, an die Gestapo, ausgeliefert. Unter Staun wurden mehr Spitzenführer der KPD (Mitglieder und Kandidaten des Politbüros der Weimarer Republik) ermordet als unter Hitler. Auch dieses Thema, eine Tragödie des deutschen Kommunismus, wurde bisher nur im Westen thematisiert.³

2. Zu den „weißen Flecken“ gehörten bis zum Oktober 1989 ebenso die stalinistischen Repressalien gegen die Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone und dann der DDR. Die sowjetische Geheimpolizei hat nach 1945 zwischen 160 000 und 260 000 (so die Schätzungen) Deutsche in Internierungslagern (oft bis dahin NS-KZs) inhaftiert. Dies waren zu einem geringen Teil Nazi-Verbrecher, meist aber Denunzierte und willkürlich festgenommene Unschuldige, oft Jugendliche, zunehmend auch Sozialdemokraten und Demokraten, ja sogar nicht-konforme Kommunisten. Von den Internierten und durch sowjetische Sondergerichte Verurteilten kamen schätzungsweise zwischen 65 000 und 130 000 ums Leben.⁴ Erst jetzt enthüllt die Presse in der DDR

³ Vgl Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der Geschichte Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung 2. erweiterte Aufl Januar 1990 Eine DDR-Lizenzausgabe (LinksDruck, Berlin Ost) erscheint jetzt Eine Untersuchung des Ostberliner Dietz Verlages zum Thema wird in Kurze herauskommen

⁴ Vgl Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in Martin Broszat und Hermann Weber (Hrsg), SBZ-Handbuch, München 1990, S 29 ff - Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979

die schreckliche Tatsache, daß viele dieser unbekanntten Toten - in Massengräbern verscharrt - aufgefunden wurden.

3. Vertuscht und heruntergespielt wurden auch die Säuberungen in der SED selbst. Schon im Juni 1948 faßte der SED-Parteivorstand einen Beschluß über die „Säuberung der Partei von feindlichen und entarteten Elementen“, dem der „Kampf gegen den Sozialdemokratismus“ und gegen das „Nur-Gewerkschaftertum“ folgten. Allein 1950/51 sind über 150 000 Mitglieder aus der SED ausgeschlossen, viele auch verhaftet worden. Schon 1950 wurden führende Kommunisten (Paul Merker, Leo Bauer, Lex Ende, Willi Kreikemeyer) ausgeschlossen und dann verhaftet. Kreikemeyer kam im DDR-Gefängnis ums Leben. Es ist typisch, daß von den 80 Mitgliedern des im April 1946 gewählten ersten Parteivorstands der SED 22, also über ein Viertel, später ihre Funktion verloren, 8 sogar verhaftet wurden.

4. Um von den stalinistischen Säuberungen in der DDR abzulenken, hat die SED stets betont, es habe dort schließlich niemals Schauprozesse (wie in Ungarn, Bulgarien oder der Tschechoslowakei) gegeben. Tatsächlich aber bereitete die SED jedoch bereits nach dem Rajk-Prozeß in Ungarn 1949 einen ähnlichen Schauprozess vor. Dies belegt jetzt ein Brief des damaligen 2. Vorsitzenden und Bundestagsabgeordneten der KPD, Kurt Müller, aus dem Jahre 1956.⁵ Müller war im März 1950 als erster führender Kommunist vom Ministerium für Staatssicherheit festgenommen worden, das ihn für einen Schauprozess „präparieren“ wollte. Er schildert die schlimmen Praktiken dieses Ministeriums und seines späteren Leiters, Erich Mielke. Dieses Dokument wird helfen, „weiße Flecken“ zu eliminieren.

Gegen Leo Bauer, Paul Merker und Franz Dahlem wurde ebenfalls seit 1950 vorgegangen, um einen Schauprozess zu inszenieren. Bauer und Merker waren in Haft, Dahlem - bis 1952 der zweite Mann nach Ulbricht in der SED - wurde noch 1953 der Verbindung mit der Gestapo bezichtigt. Die Durchführung des Schauprozesses verhinderte keineswegs die SED-Führung unter Ulbricht - wie noch 1989 zum Beispiel Stephan Hermlin behauptete -, sie hat ihn ja vorbereitet. Er konnte nicht mehr stattfinden, weil Stalin im März 1953 starb und dann rasch Veränderungen in der UdSSR folgten.

5. Auch die Verfolgungen von Sozialdemokraten sind bisher in der DDR nicht aufgearbeitet. In einem Aufruf des Kurt-Schumacher-Kreises wird konstatiert, daß durch Maßregelungen der stalinistischen SED 20 000 ehemalige Sozialdemokraten ihren Arbeitsplatz verloren, 100 000 in den Westen flüchten mußten und etwa 5 000 Sozialdemokraten von ostdeutschen oder sowjetischen Gerichten verurteilt wurden (wovon 400 in der Haft verstarben). Mit Recht hat daher das Präsidium der SPD schon im März 1989 von der DDR gefordert, sie solle sich zu dem Unrecht bekennen, das nach dem Krieg in der SBZ an Sozialdemokraten begangen wurde. Den Vorwurf des „Sozialdemokratismus“

⁵ Kurt Müller, Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956. Brief an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. In: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B.11 vom 9. März 1990, S. 16 ff.

hätten viele Menschen mit dem Verlust der Freiheit bezahlen müssen, dieses Unrecht sei als solches zu bezeichnen.⁶

Alle diese Repressalien gehören ebenfalls zu den „weißen Flecken“ der DDR-Geschichtsschreibung, nun werden sie langsam der Vergangenheit entrissen. Notwendig bleibt dies auch bei zahlreichen anderen historischen Ereignissen, wo Legenden zu enthüllen und „weiße Flecken“ zu tilgen sind.

Zwangsvereinigung und Arbeiteraufstand

Dies gilt beispielsweise für die Gründung der SED im April 1946. Die „Vereinigung“ von KPD und SPD wurde von den DDR-Historikern stets als ein freiwilliger Zusammenschluß dargestellt. Sie behaupteten, damals hätten sich lediglich einige „rechte“ Sozialdemokraten unter dem Einfluß Kurt Schumachers gegen die Vereinigung gewandt. Die Öffnung der Archive dürfte jedoch das Gegenteil beweisen und die Ansicht bestätigen, die jedem unvoreingenommenen Beobachter schon aus den bisher bekannten Dokumenten klar ist: Sozialdemokraten wurden in die Einheitspartei hineingezwungen, dort danach betrogen und von den sowjetischen und deutschen Kommunisten, den Inhabern der Macht, unterdrückt. Die Sozialdemokraten durften in der Sowjetischen Besatzungszone nicht über die „Verschmelzung“ abstimmen - wo dies erlaubt war wie in West-Berlin, sprachen sich 82 Prozent der SPD-Mitglieder dagegen aus. Druck und Zwang der sowjetischen Besatzungsmacht waren off ensichtlich. Eine Einheit der Arbeiterparteien schien vielen aber auch möglich, weil die KPD ihrer Vergangenheit abgeschworen hatte. Die KPD war 1945 für alle Parteien konsensfähig geworden (zum Beispiel saßen Kommunisten auch in fast allen westdeutschen Landesregierungen), weil sie sich nun ausdrücklich zur parlamentarischen Demokratie und zum Rechtsstaat bekannte. Doch schon 1948 schwenkten die Kommunisten um. Die SED wurde zur stalinistischen Partei umgeformt, das stalinistische Modell der UdSSR zum Vorbild erhoben. Die „Einheitspartei“ wandelte sich also nach kurzer Frist in eine antisozialdemokratische, in eine kommunistische Partei, was sie bis 1989 geblieben ist.

Die Sozialdemokraten - ob mit Zwang in die SED überführt, ob beigetreten, weil keine Alternative bestand oder gar freiwillig wegen der „notwendigen Einheit“ in die SED gekommen - waren betrogen. Ihnen blieb nur übrig, sich zu Kommunisten zu wandern, oder vor dem stalinistischen Terror zu flüchten, sonst gerieten sie wegen „Sozialdemokratismus“ in die Zuchthäuser der DDR. Die Aufarbeitung dieses Kapitels sollte wohl kaum jenen DDR-Historikern überlassen werden, die bisher von der „freiwilligen Vereinigung“ schrieben und die Stalinisierung lobten; dazu bedarf es jüngerer DDR-Forscher.

Ähnliches gilt für ein anderes einschneidendes Kapitel der DDR-Geschichte. In der DDR-Historiographie war teilweise bei der Bewertung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 zwar von „Unzufriedenheit und Miß-

⁶ „Vorwärts“ vom 18. März 1989.

Stimmung von Werktätigen" die Rede, doch blieb sie - mit wenigen Ausnahmen - bis 1989 bei der generellen Einschätzung, der 17. Juni 1953 sei ein „gegenrevolutionärer“, ja „faschistischer Putsch“ gewesen mit „operativer Anleitung“ aus dem Westen. Wie sehr der Aufstand der Arbeiter gegen das SED-Regime für die DDR ein Tabu-Thema blieb, zeigt die Tatsache, daß noch Anfang 1990 ein ehemals führender SED-Historiker ihn mit „den Juni-Ereignissen 1953“ umschrieb, also nach wie vor den Begriff Arbeiteraufstand scheut.⁷ Gerade der 17. Juni 1953 hat die Behauptung von der DDR als einem „Arbeiterstaat“ Lügen gestraft, denn die Arbeiter führten diesen Aufstand und sie waren auch in den folgenden Jahrzehnten keineswegs die Träger des stalinistischen Systems. Dies wurde von der DDR-Geschichtsschreibung ebenso verfälscht wie die wirkliche Rolle der Gewerkschaften.

Gewerkschaftsgeschichte

Die DDR-Historiographie hat bis in die jüngste Zeit die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auf die Entwicklung des radikalen Flügels und insbesondere der KPD beziehungsweise SED reduziert. Soweit überhaupt die Geschichte der Gewerkschaften vor 1933 behandelt wurde, blieb es im Grunde bei den primitiven Darstellungen vom „Verrat“ der Führer, die den Massen gegenübergestellt wurden. Erst in den letzten Jahren gab es bei einigen Themen Differenzierungen.

Doch nach wie vor wurde die eigentliche Geschichte der Gewerkschaften nur als „Vorgeschichte“ des FDGB in der DDR dargestellt. Typisch dafür war die „Geschichte des FDGB“ von 1982,⁸ wo auf 150 Seiten eine völlig verzerrte „Geschichte“ der deutschen Gewerkschaftsbewegung bis 1945 skizziert wurde. Sie enthielt alle vorgefaßten ideologischen Thesen vom „Opportunismus“ der „rechten“ Sozialdemokratie oder von der „Aufgabe“ der Gewerkschaften als „Schule des Klassenkampfes“. Typisch war die Überbetonung der Rolle der Politik der KPD in der Weimarer Republik und sogar eine faktische Rechtfertigung der Politik der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) und des von ihr (gemeinsam mit den Nazis) veranstalteten Berliner Verkehrsarbeiterstreiks von 1932. Die DDR-Geschichtsschreibung hat über die Gewerkschaftsgeschichte vor 1945 nur in Ausnahmefällen⁹ fundierte Arbeiten vorgelegt, ernsthaft ist diese bisher nur in der Bundesrepublik erforscht und dokumentiert.

Doch auch die DDR-Geschichtsschreibung über die Entwicklung der Gewerkschaften seit 1945 in der SBZ/DDR ist von Legenden durchdrungen und stärker von „weißen Flecken“ geprägt als von wissenschaftlichen Forschungen. Die schon erwähnte „Geschichte des FDGB“ hat bestenfalls den

⁷ Heinz Heitzer, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? „Geschichte und Gesellschaftskunde“ 32 Jg, Nr 2/3, 1990, S 183

⁸ Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Hrsg Bundesvorstand des FDGB Autorenkollektiv Heinz Deutschland u a, Berlin (Ost) 1982

⁹ Vgl z B Dieter Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden, Berlin (Ost) 1987

Charakter einer Festschrift, es fehlen wichtige Fakten zur Organisationsentwicklung und die SED-„Parteilichkeit“ bestimmt weitgehend das Buch. Schon die Kapitelüberschriften zeigen die Tendenz, so wenn es etwa heißt: „Die Gründung der SED - eine Wende in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ oder „Der III. Parteitag der SED weist den Weg“; oder „Der FDGB unterstützt die Innen- und Außenpolitik der SED“. Solche Verzerrungen sind für fast alle DDR-Veröffentlichungen zur Gewerkschaftsgeschichte der Zeit nach 1945 typisch.¹⁰

In den Darstellungen der DDR über die Entwicklung des FDGB blieb ausgeblendet, mit welchen Methoden die Kommunisten in dieser Organisation schrittweise die Führung übernehmen konnten. Dies vor allem, weil die Rolle der sowjetischen Besatzung bestenfalls beschönigend dargestellt wird, nicht aber deren rigorosen Eingriffe beim Gewerkschaftsaufbau. Ebenso wird das Zurückdrängen der früheren freien Gewerkschafter - als „Nurgewerkschafter“ verfehmt, weil sie den Gewerkschafts-Charakter des FDGB erhalten wollten - kaum thematisiert. Die politischen Auseinandersetzungen bei der Gründung des FDGB gehen nur ansatzweise aus einer 1975 veröffentlichten Dokumentation hervor.¹¹ Hingegen sind sowohl die Betriebsrätebewegung als auch die Abschaffung der Betriebsräte in der SBZ durch die SED 1948 nur in der Bundesrepublik bearbeitet worden; beides blieb in der DDR ebenso ein „weißer Fleck“ wie die Umwandlung des FDGB von einer Gewerkschaft in eine Massenorganisation der SED mit der Hauptaufgabe der Steigerung der Produktion und Erfüllung der Staatspläne. Sowohl die Umformung des FDGB als auch die Mechanismen seiner „Anleitung“ durch die SED gehören zu dem Komplex, der ebenso erst aufbereitet werden muß wie die Geschichte der Industriegewerkschaften. Die Öffnung der Archive sollte dazu eine Voraussetzung sein.

Gegenwärtig sitzen in den historischen Institutionen und Zeitschriften noch weitgehend die gleichen Personen wie zuvor. Viele von ihnen waren bisher daran beteiligt, Legenden zu verbreiten und „weiße Flecken“ auszusparen. Doch ist durch die rasche Demokratisierung in der DDR und die kommende Vereinigung beider deutscher Staaten zu hoffen und zu erwarten, daß alle „weißen Flecken“ in der DDR-Geschichte bald getilgt werden. Die Bewältigung der Geschichte der DDR ist eine wissenschaftliche Aufgabe, aber auch eine politische Notwendigkeit, die nicht - wie nach 1945 die NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik - Jahrzehnte hinausgezögert werden darf.

¹⁰ Zum Forschungsstand der Frühgeschichte des FDGB vgl. Werner Müller, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: SBZ-Handbuch, a. a. O. (Anm. 4), S. 645 f.

¹¹ Gewerkschaftlicher Neubeginn. Dokumente zur Gründung des FDGB und zu seiner Entwicklung von Juni 1945 bis Februar 1946, hrsg. von Horst Bednarek u. a., Berlin (Ost) 1975.